

Hoffen auf angemessene Kontingente

Nach dem **Ja zur Masseneinwanderungsinitiative** will sich der Kanton bei den kommenden Verhandlungen «**bestmöglichst im Interesse Graubündens**» einsetzen – auch an «vorderster Front».

Was unternimmt der Kanton, um gravierende Nachteile im Zusammenhang mit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative möglichst aufzufangen? Dies war Thema am monatlichen Treffen der Regierung mit den Medien. Regierungspräsident Mario Cavigelli übergab dazu das Wort Volkswirtschaftsdirektor Hansjörg Trachsel und Finanzdirektorin Barbara Janom Steiner, die in erster Linie gefordert sind, die Suppe auszulöffeln, die das Volk mit dem Verdikt dem Tourismuskanton eingebrockt hat.

Volkswirtschaftsminister Trachsel betonte, die Wirtschaft Graubündens sei bekanntlich «stark auf ausländische Arbeitskräfte» angewiesen. Überdurchschnittlich betroffen seien die Bereiche Gesundheit, Bau, Tourismus, aber auch die Industrie im Bündner Rheintal brauche ausländische Arbeitskräfte. Der Kanton werde sich dafür einsetzen,

dass die Berggebiete «nicht schlechter behandelt» werden als andere, betonte Trachsel. Konkrete Angabe seien jetzt noch verfrüht, es gehe darum, in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und in den Konferenzen der kantonalen Departementsdirektoren die Situation zu analysieren und Lösungsvorschläge einzubringen. Die Auswirkungen seien noch nicht sichtbar, «Lösungen werden abhängig davon sein, wie das System einmal ausgestaltet werden wird – daran arbeiten wir», so der Volkswirtschaftsdirektor.

Finanzdirektorin Janom Steiner, die im Leitungsausschuss der Konferenz der Kantone einsitzt, betonte, die Kantone wollten am bilateralen Weg festhalten und seien bereit, an einem Kontingentierungssystem mitzuwirken. Der Bundesrat sei von der Konferenz eingeladen worden, an ihrer nächsten Tagung im Monat März teilzunehmen. Bevor der Bun-

desrat aber seine Vorschläge nicht eingebracht habe, seien Aussagen, wie sich die Situation auf die Kantone auswirken werde, verfrüht. Jetzt gehe es darum, den Bedarf an aus-



Einsatz im Leitungsausschuss der KdK: **Barbara Janom Steiner**. (YB)

ländischen Arbeitskräften zu erfassen und diese Daten zur Verfügung zu stellen.

Ja, die Regierung habe das Schreiben der Gemeindepräsidenten aus den Südtälern und dem Engadin, die sich gegen eine möglich Ungleichbehandlung mit den Zentren wehrten, erhalten (BT vom 24. Februar). Die Regierung werde das Schreiben nächstens beantworten. Zugesagt werden könne in jedem Fall, dass sich die Regierung «bestmöglichst im bündnerischen Interesse» einsetzen werde. Ob die Wiedereinführung des Saisonierstatuts eine möglich Lösung wäre? Es gebe zuviele offene Frage, noch könne dies nicht beantwortet werden. Klar sei: «Wir hoffen auf möglichst wenig Einschränkungen und hohe Kontingente – wie andere Kantone, auch». Vorerst aber müsse einmal der Fahrplan des Bundesrates abgewartet werden. CLAUDIO WILLI